

Pressemitteilung

ZIA fordert flexible Umsetzung der EPBD – aber keine grundsätzliche Abkehr

Berlin, 04.12.2025 – Vor der heutigen Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und mit Blick auf die Initiative der Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder zur Aussetzung und Abschwächung der neuen EU-Gebäuderichtlinie (EPBD)-Vorgaben fordert der Zentrale Immobilien Ausschuss (ZIA) eine praxisnahe Umsetzung in Deutschland – ohne jedoch den Grundsatz der Richtlinie infrage zu stellen.

Praktikable Umsetzungsfristen einführen

Es greift zu kurz, nur die Umsetzung der EPBD in deutsches Recht zu verschieben. Stattdessen braucht es eher mehr Umsetzungszeit für Pflichten, die sich für Unternehmen aus der EPBD ergeben, also zum Beispiel den Ausbau der Ladeinfrastruktur oder die Mindesteffizienzstandards. „Es ist jetzt schon absehbar, dass die vollständige Umsetzung aller Anforderungen der EPBD innerhalb der derzeit vorgesehenen Fristen in der Praxis kaum realistisch ist. Deshalb braucht es an einigen Stellen mehr Flexibilität, etwa bei den Umsetzungszeiträumen oder Detailanforderungen“, betont die Präsidentin des ZIA, Iris Schöberl. Diese Flexibilisierung dürfe jedoch nicht dazu führen, dass die mit der EPBD eingeschlagene Richtung grundsätzlich wieder in Frage gestellt wird. „Wir müssen auf Kurs bleiben, denn Unternehmen brauchen stabile Rahmenbedingungen. Ein Großteil der Unternehmen hat sich bereits mit substanziellen Investitionen auf den Weg gemacht“, mahnt Schöberl.

Neubaustandard nicht weiter verschärfen

Beim energetischen Standard für Neubauten spricht sich der ZIA gegen weitere Verschärfungen aus. Zusätzliche Anforderungen bringen derzeit weder einen erkennbaren ökologischen noch einen ökonomischen Mehrwert und könnten hingegen das Bauen weiter verteuern.

Im Bestand „finden wir den Ansatz „worst first“ vollkommen richtig. Die Gebäude mit der schlechtesten Effizienz müssen Priorität haben“, so Schöberl weiter.

Effizienz und CO₂-Reduktion gleichrangig betrachten

Der ZIA unterstützt ausdrücklich den Ansatz, Energieeffizienz und CO₂-Emissionsreduzierung gleichrangig zu berücksichtigen. Das bedeutet aus Sicht des Verbands:

- Die Energieeffizienz von Gebäuden muss weiterhin ein wichtiger Indikator bleiben.
- Gleichzeitig sollte die Minderung von Treibhausgasemissionen ein gleichrangiger Indikator werden.

Effizienzmaßnahmen sind unverzichtbare Voraussetzung, um die Klimaziele im Gebäudesektor zu erreichen – auch dann, wenn künftig stärker auf direkte CO₂-Indikatoren geschaut wird. Gerade angesichts der Finanzierung der Wärmewende ist es notwendig, die Effizienz und damit Maßnahmen mit dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis noch stärker in den Mittelpunkt zu stellen. Denn eine gesellschaftspolitisch verantwortungsvolle Verfolgung der Klimaziele in der Immobilienwirtschaft muss die gesamtgesellschaftlichen Kosten für Bund, Länder und Kommunen sowie die sozialen Folgekosten für die einzelnen Verbraucher im Blick behalten.

Der ZIA

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter mehr als 30 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene mit Präsenz in Brüssel, Wien und Zürich – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsidentin des Verbandes ist Iris Schöberl.

Kontakt

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.

Benjamin Benirschke

Leipziger Platz 9

10117 Berlin

Tel.: 030/20 21 585 23

E-Mail: benjamin.benirschke@zia-deutschland.de Internet: www.zia-deutschland.de